

PFF-Politiker fordern europäische Atomaufsichtsbehörde



Grenz Echo - 17 Jun. 2016
Pagina 7

Die ostbelgischen Liberalen (PFF) haben auf den Ecolo-Vorstoß reagiert, im Hinblick auf die Atomreaktoren Tihange 2 und Doel 3, die wegen verschiedener Risse im Reaktormantel in der Kritik stehen, „Kontakte zu nutzen“ und „Druck“ in Brüssel aufzubauen. Die Grünen hatten die anderen Parteien und die deutschsprachigen Abgeordneten auf föderaler und regionaler Ebene zum Handeln aufgerufen. Die Nuklearsicherheit bleibe eine Priorität der Föderalregierung, heißt es in einem gemeinsamen Antwortschreiben der PFF-Vorsitzenden und Kammerabgeordneten Kattrin Jadin, von Gemeinschaftssenator Alexander Miesen sowie der Regionalabgeordneten Jenny Baltus-Möres. Erinnert wird ebenfalls an den „erklärten belgischen Atomausstieg im Jahr 2025“. Die beiden Reaktoren sollten derweil „einer kritischen Prüfung“, unter anderem durch Atomaufsichtsbehörden anderer Staaten unterzogen werden. „Die ostbelgischen Liberalen sprechen sich resolut für eine europaweite Debatte und gemeinsame Lösungen aus. So soll nach Vorstellung der Liberalen eine europäische Atomaufsichtsbehörde, zusammengestellt aus unabhängigen Experten, geschaffen werden, damit alle Staaten auch den gleichen und verbindlichen Sicherheitsstandards in Sachen Atomenergie folgen und europaweit Transparenz bezüglich der Kommunikation über den Zustand aller Atommeiler herrscht.“ Beispielsweise mache Deutschland keine zu Belgien vergleichbaren und detaillierten Angaben zur Sicherheit seiner noch bis 2022 laufenden acht Atommeiler.

Des Weiteren weist die PFF darauf hin, dass die Versorgungssicherheit ebenso prioritär ist. „Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren einen gesunden Energiemix zu finden, der es in weniger als zehn Jahren ermöglicht, langfristig auf Kernkraftwerke zu verzichten.“ Die Abschaltung könne nur über einen ambitionierten Energiepakt mit den Regionen vorangetrieben werden, die ihrerseits für die Förderung alternativer Energien verantwortlich zeichneten. Derweil sei der für die Nuklearsicherheit zuständige Innenminister Jan Jambon (N-VA) von den PFF-Abgeordneten um eine erneute Einschätzung der Situation gebeten worden. Unter anderem habe man nachgefragt, ob die belgische Atomaufsichtsbehörde (Fank) immer noch keine Elemente erkenne, „die zu einer vorübergehenden oder langfristigen Schließung führen können, und ob es Prognosen zu den Folgen einer zeitweisen Schließung der beiden Kernreaktoren gebe“.

Generell begrüße die PFF jeglichen Aufruf zu einer verstärkten parteiübergreifenden Zusammenarbeit - auch und gerade in Bezug auf die Kernenergie. „Es wird dabei aber um eine sachliche, kohärente und informative Kommunikation gebeten. Panikmache aus parteipolitischem Kalkül sollte niemals die Überhand gewinnen“, hieß es. (sc)

Copyright © 2016 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden